

– Fachbeitrag D4-2022 –

11.03.2022

## **Online-Workshop zum Budget für Arbeit am 3. Dezember 2021 an der Humboldt-Universität zu Berlin**

**Schwerpunkt: Erarbeitung von Strategien zur Verbesserung des Informationsstandes<sup>1</sup>**

*Von Lea Mattern, M. A., Ulrike Peters, B. A., Dr. Tonia Rambausek-Haß und  
Prof. Dr. Gudrun Wansing (alle Humboldt-Universität zu Berlin)*

### **I. Zusammenfassung der Ergebnisse**

Zur Verbesserung des Informationsstandes der an der Umsetzung des Budgets für Arbeit beteiligten Akteure wurden im Rahmen des Workshops folgende Ideen entwickelt:

- barrierefreies Informationsmaterial für WfbM-Beschäftigte zum Budget für Arbeit (BfA) (Themen: Rückkehrrecht, langfristige Unterstützung beim/nach dem Übergang, Kündigungsschutz, Rente, ausgelagerte Arbeitsplätze)
- regelmäßige Beratungsgespräche durch Gruppenleitungen und den begleitenden Dienst zum BfA und dessen Chancen
- Informationsveranstaltungen mit Budgetnehmenden und dem Integrationsfachdienst (IFD)
- Nutzung weiterer Informationskanäle wie den YouTube-Kanal der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträger Berlin, Podcasts, Radio-Beiträge (z. B. in Form von Interviews mit Budgetnehmenden oder dem begleitenden Dienst)
- Schulungen für Beraterinnen und Berater der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB)
- Konkretisierung und Klarstellung der rechtlichen Regelungen zum BfA durch den Gesetzgeber
- mehr aussichtsreiche Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
- Einrichtung einer Vermittlungsplattform für Arbeitsplätze, für die ein BfA beantragt werden kann

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de) als Fachbeitrag D4-2022 in der Kategorie D: Konzepte und Politik veröffentlicht; Zitiervorschlag: Mattern et al.: Online-Workshop zum Budget für Arbeit am 3. Dezember 2021 an der Humboldt-Universität zu Berlin – Schwerpunkt: Erarbeitung von Strategien zur Verbesserung des Informationsstandes; Beitrag D4-2022 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 11.03.2022.

## II. Einführung

Der Online-Workshop war eine Veranstaltung im Rahmen des Forschungsprojekts „Zugänglichkeit – Inklusion – Partizipation. Nachhaltige Teilhabe an Arbeit durch Recht (ZIP – NaTAR)“<sup>2</sup> an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin). Im Vorgängerprojekt „Partizipatives Monitoring der aktuellen Entwicklung des Rehabilitations- und Teilhaberechts bis 2021“ führte das Projektteam<sup>3</sup> eine qualitativ-explorative Studie zur Umsetzung des Budgets für Arbeit in Berlin durch, deren Ergebnisse<sup>4</sup> (z. B. Informationsdefizite bei den maßgeblichen Akteuren) Anlass für diesen Workshop gaben. Bei der Planung des Workshops wurden evtl. Bedürfnisse hinsichtlich der Barrierefreiheit (Leichte Sprache, Gebärdensprache) berücksichtigt. Ziele des Workshops waren die Informationsverbesserung der Teilnehmenden, die Erarbeitung von Informationsstrategien sowie die Schaffung einer Plattform zur Vernetzung (untereinander), um langfristig zur Weiterentwicklung, Optimierung und verstärkten Nutzung des BfA beizutragen. Die Teilnehmenden waren an der Umsetzung des BfA in Berlin beteiligte Akteure (Budgetnehmende, Leistungsberechtigte, Unterstützende und Leistungsträger) sowie weitere Interessierte.

## III. Programmverlauf

Zu Beginn des Workshops wurden die Teilnehmenden von Prof. Dr. Gudrun Wansing (HU Berlin) begrüßt und über den Ablauf des Workshops informiert. Im Anschluss an die einführenden Worte referierten Lea Mattern und Dr. Tonia Rambausek-Haß (beide HU Berlin) über ausgewählte Ergebnisse der explorativen Studie zur Umsetzung des BfA in Berlin, die unter der Leitung von Prof. Dr. Gudrun Wansing und der Mitarbeit von Ulrike Peters Ende 2019 durchgeführt wurde. Zunächst wurden Hintergrund, Zielsetzung und rechtliche Rahmung des BfA erläutert. Vorgestellt wurden sodann die Studie und ausgewählte Ergebnisse zum Informationsstand der zwischen September und Dezember 2019 befragten Personen.

Nach dem Vortrag folgte ein Gespräch mit Murat Erdogan (Budgetnehmer), Petra Barth (1. Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträger Berlin, LAG WR Berlin) und Fabian Rau (Öffentlichkeitsarbeit bei der LAG WR Berlin und 1. Vorsitzender im Werkstattträger der faktura gGmbH) zum Thema BfA. Die Gesprächspartnerinnen und -partner bestätigten die Befunde der Studie zum niedrigen Informationsstand der Leistungsberechtigten in der Werkstatt. Beklagt wurde zudem die geringe Inanspruchnahme des Budgets. Anschließend konnten Fragen zum Vortrag gestellt oder an die Gesprächspartnerin und -partner gerichtet werden. Insbesondere das Thema Erwerbsminderung wurde kontrovers diskutiert. Unter den Teilnehmenden wurde z. T. die Ansicht vertreten, dass eine Erwerbsminderung zwingende Voraussetzung für die Inanspruchnahme des

---

<sup>2</sup> <https://www.reha-recht.de/zip-natar/>, zuletzt abgerufen am 10.03.2022.

<sup>3</sup> Projektleitung: Prof. Dr. Gudrun Wansing, wissenschaftliche Mitarbeit: Lea Mattern und Dr. Tonia Rambausek-Haß, studentische Mitarbeit: Ulrike Peters.

<sup>4</sup> siehe Literaturhinweise am Ende dieses Berichts.

BfA sei. Die Forscherinnen wiesen darauf hin, dass diese Annahme nicht durch die gesetzlichen Grundlagen gestützt wird. Vielmehr sei das Vorliegen einer Erwerbsminderung keine Anspruchsvoraussetzung.<sup>5</sup>

#### IV. Inhaltliche Arbeit in verschiedenen Gruppen

Die Teilnehmenden verteilten sich nach einer kurzen Pause auf drei Arbeitsgruppen (Gruppe 1: Leistungsberechtigte + Budgetnehmende, Gruppe 2 und 3: Unterstützende + je ein Leistungsträger). In den Arbeitsgruppen sollten Erfahrungen und Einschätzungen zum Informationsstand ausgetauscht und geeignete Strategien entwickelt werden, um die beteiligten Akteure besser über das BfA zu informieren bzw. Informationsdefizite auszugleichen. Hierfür wurden zunächst kleinere Ziele sowie Aktionen und Initiativen zur Erreichung dieser Ziele diskutiert und formuliert. Die Ergebnisse wurden auf virtuellen Pinwänden bzw. PowerPoint-Folien festgehalten.

In der **Arbeitsgruppe der Leistungsberechtigten** (Gruppe 1) wurde vor allem erörtert, wie die Informationen in die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) gelangen. Dazu soll in der WfbM barrierefreies Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden, das die Bedingungen des BfA thematisiert. Die Teilnehmenden berichteten von Ängsten der Leistungsberechtigten, denen mit dem Informationsmaterial begegnet werden soll. Wichtig waren ihnen bspw. Erläuterungen zum Rückkehrrecht, zur langfristigen Unterstützung (auch durch die Werkstatt), zum Kündigungsschutz, zur Rente und ein Hinweis darauf, dass keine Verpflichtung zur Nutzung des BfA besteht. Ebenso soll über ausgelagerte Arbeitsplätze informiert werden, die ein Kennenlernen über einen individuell zu bestimmenden Zeitraum zwischen Arbeitgebern und potenziellen Budgetnehmerinnen und -nehmern ermöglichen. Die zu erstellenden Flyer sollen mit Unterstützung durch die Gruppenleitungen und den begleitenden Dienst entwickelt werden.

Des Weiteren wünschen sich die Teilnehmenden, dass Gruppenleitungen und der begleitende Dienst in regelmäßig stattfindenden Beratungsgesprächen über das BfA informieren und ihre Einschätzung hinsichtlich der Chancen für eine Inanspruchnahme teilen. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass Gruppenleitungen der wirtschaftliche Druck genommen werde und ein Umdenken bei letzteren stattfinde.

Eine weitere Idee, den Informationsstand zum BfA im unmittelbaren Umfeld zu verbessern, sind Informationsveranstaltungen, zu denen Budgetnehmerinnen und -nehmer eingeladen werden und auf Augenhöhe von ihren Erfahrungen berichten, auch um Ängste zu nehmen. Bei diesen Veranstaltungen soll auch der Integrationsfachdienst von seiner Unterstützung im BfA berichten, damit potenzielle Budgetnehmerinnen und -nehmer und zukünftige Unterstützerinnen und Unterstützer sich kennenlernen können.

---

<sup>5</sup> vgl. dazu Mattern, Rambauser-Haß, Wansing: Das Budget für Arbeit: Ausgewählte Ergebnisse einer explorativen Studie zu seiner Umsetzung – Teil I: Anspruchsvoraussetzungen und Zugang; Beitrag D9-2021 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 05.03.2021.

Vorgeschlagen wurde ebenfalls, den bereits bestehenden YouTube-Kanal<sup>6</sup> der LAG Werkstattträte Berlin **Fehler! Linkreferenz ungültig.** zu nutzen, um mit „guten, einfachen und verständlichen“ Video-Beiträgen über das BfA zu informieren. Für die Erstellung der Videos soll auf bereits bestehende Kontakte zu Dienstleistern zurückgegriffen werden. Außerdem sollen Radio-Beiträge konzipiert werden, bei denen Budgetnehmerinnen und -nehmer sowie der Soziale Dienst zum BfA interviewt werden.

Die **Unterstützenden** sowie ein Vertreter des Integrationsamtes und eine Werkstattträtin (Gruppe 2) sprachen sich ebenfalls für mehr Öffentlichkeitsarbeit bspw. in Form von Informationsveranstaltungen und Vernetzungstreffen aus. Diese sollten zielgruppenspezifisch und somit barrierefrei geplant werden. Hier sahen sich eine Beauftragte für Menschen mit Behinderungen auf Bezirksebene sowie Selbstvertreterinnen und -vertreter als zuständig an. Auch die EUTB sollen hier verstärkt einbezogen und finanziell entsprechend ausgestattet werden. Wichtig sei außerdem die Öffnung und Aktivierung der Werkstätten für das Thema und die Beteiligung der Werkstattträte am Diskurs zum BfA. Ferner müssten etwaige Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt im Rahmen der Werkstatt so angelegt werden, dass im Anschluss eine Festanstellung in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsstelle möglich ist. Zudem wurde die Relevanz von Schulungen zum Budget für Arbeit für Jobcoaches, den begleitenden Dienst und das Übergangsmanagement hervorgehoben. Des Weiteren müsse eine Fortsetzung für die Ende 2021 auslaufenden Berliner Modellprojekte<sup>7</sup> gefunden werden. Diese hatten in Berlin u. a. die Vermittlung von Budgetnehmenden auf den allgemeinen Arbeitsmarkt übernommen. Für beides (Dialog mit den WfbM, Fortführung Modellprojekte) sei die Senatsverwaltung verantwortlich. Eine Verlängerung der Berliner Modellprojekte sei vor allem für den Personenkreis der Leistungsberechtigten wichtig, die nicht in Werkstätten arbeiten und deshalb keine Unterstützung im Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen. Auch in dieser Arbeitsgruppe wurde angemerkt, dass eine stärkere mediale Beteiligung sinnvoll sei, um den Informationsstand zum BfA zu erhöhen.

In Gruppe 3 (**Unterstützende** + ein Vertreter des Eingliederungshilfeträgers) wurde sich zunächst über die Ergebnisse der Studie ausgetauscht, um sich dann über Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Informationsstand zu verständigen. Diese seien nicht eindeutig formulierte bzw. missverstandene Regelungen zum BfA. In der Beratung tätige Personen (Rentenberatung, EUTB) seien besser zu informieren bzw. zu schulen. Das Thema BfA soll im nächsten Netzwerktreffen der EUTB auf die Tagesordnung gesetzt werden. Auch in dieser Gruppe wurde der Bedarf gesehen, die Arbeit des IFD bekannter zu machen. Für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit zum BfA wurde die Einrichtung einer Berliner Website durch die Senatsverwaltung vorgeschlagen. Über diese Idee wollen Vertreterinnen der Berliner Modellprojekte in ihren Abschlussberichten informieren. Darüber hinaus müssen Leistungsträger und Arbeitgeber besser informiert

---

<sup>6</sup> <https://youtube.com/channel/UCdhBNdfbO7ueBuAWZPCI2SA>, zuletzt abgerufen am 10.03.2022.

<sup>7</sup> [https://www.zgs-consult.de/fileadmin/Dokumente/pdf/impuls/Ideenwettbewerb\\_Budget\\_fuer\\_Arbeit\\_Anlage\\_vertiefende\\_Informationen.pdf](https://www.zgs-consult.de/fileadmin/Dokumente/pdf/impuls/Ideenwettbewerb_Budget_fuer_Arbeit_Anlage_vertiefende_Informationen.pdf), zuletzt abgerufen am 10.03.2022.

werden sowie Menschen mit Behinderungen stärker mit Arbeitgebern in Kontakt kommen. An dieser Stelle wurde die Einrichtung einer Vermittlungsplattform diskutiert, die ähnlich aufgebaut sein könnte wie die Berliner Wohnungsvermittlungsplattform für Menschen mit Behinderungen.<sup>8</sup> Gefordert wurde außerdem, dass der öffentliche Dienst als Vorbild zur Inanspruchnahme des BfA dienen solle.

## V. Abschluss

Nach der Mittagspause wurden die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen präsentiert. Vorgestellt wurde sodann das neue Forschungsprojekt ZIP – NaTAR. In diesem sollen am Standort HU Berlin die Umsetzung des Budgets für Ausbildung und die Bedarfs- und Teilhabeplanung qualitativ-explorativ untersucht werden. Ein weiteres Vorhaben ist die partizipative Entwicklung von digitalen (Erklärvideos, Podcasts) und Präsenzformaten (Workshops), um dem hohen Bedarf an Information und Aufklärung vor allem bei Leistungsberechtigten nachzukommen. In diesem Zusammenhang berichtete Ulrike Peters über ihr Projekt im Rahmen des Forschungspraktikums, bei dem unter Anwendung partizipativer Ansätze ein Erklärvideo<sup>9</sup> zum BfA erstellt wird. Abschließend gaben die Teilnehmenden ihr Feedback zur Durchführung des Workshops, das überwiegend positiv ausfiel. Einzelne Personen äußerten Kritik an der Verwendung von Abkürzungen als Barriere für Menschen mit Lernbeeinträchtigungen.

## Literatur

Mattern, Rambausek-Haß, Wansing: Das Budget für Arbeit: Ausgewählte Ergebnisse einer explorativen Studie zu seiner Umsetzung – Teil I: Anspruchsvoraussetzungen und Zugang; Beitrag D9-2021 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 05.03.2021

Mattern, Rambausek-Haß, Wansing: Das Budget für Arbeit: Ausgewählte Ergebnisse einer explorativen Studie zu seiner Umsetzung – Teil II: Ausgestaltung und sozialversicherungsrechtliche Fragestellungen; Beitrag D10-2021 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 18.03.2021

Mattern, Rambausek-Haß, Wansing: Das Budget für Arbeit: Ausgewählte Ergebnisse einer explorativen Studie zu seiner Umsetzung – Teil III: Was fördert oder hemmt die Inanspruchnahme?; Beitrag D27-2021 unter [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de); 05.08.2021

---

<sup>8</sup> <https://www.lotse-berlin.de/>, zuletzt abgerufen am 10.03.2022.

<sup>9</sup> Der Link zum Erklärvideo wird, sobald verfügbar, auf der Startseite [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de) veröffentlicht.

## **Studien-Ergebnisse in Leichter Sprache**

<https://www.reha-recht.de/leichte-sprache/fachbeitraege-in-leichter-sprache/das-budget-fuer-arbeit-teil-1/>

<https://www.reha-recht.de/leichte-sprache/fachbeitraege-in-leichter-sprache/das-budget-fuer-arbeit-teil-2/>

<https://www.reha-recht.de/leichte-sprache/fachbeitraege-in-leichter-sprache/das-budget-fuer-arbeit-teil-3/>

---

Ihre Meinung zu diesem Fachbeitrag ist von großem Interesse für uns.  
Wir freuen uns auf Ihren Kommentar auf [www.reha-recht.de](http://www.reha-recht.de).

---